



Oltner Tagblatt
4601 Olten
062/ 205 76 76
www.oltner.tagblatt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 14'809
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 200.011
Abo-Nr.: 1093893
Seite: 1
Fläche: 29'936 mm²

Analyse zur Absicht des Bundesrates, den Energieverbrauch mittels Lenkungsabgaben zu drosseln

Wer kann und will sich die Energiewende leisten?

an sich zu besteuern. Besser wäre es etwa in den Augen von Swiss Cleantech, Treibhausgase und Sicherheitsrisiken zu besteuern.

VON UELI WILD
STV. CHEFREDAKTOR



Hier, auf Bundesebene, findet die Energiewende konkret statt – und nicht in der Solothurner Kantonsverfassung: Langfristig soll die Energie in der

Schweiz merklich teurer werden. Das ist das Ziel des Bundesrates, der diese Woche skizziert hat, wie er sich das zweite Massnahmenpaket zur Umsetzung der Energiewende vorstellt. Lenkungsabgaben sollen nach 2020 die derzeitigen, mitunter marktverzerrenden Fördermassnahmen ersetzen. Wer ökologisch gesehen beim Umgang mit Energie Gutes tut, soll nicht mehr belohnt werden, sondern wer Schlechtes tut, soll dafür zu Kasse gebeten werden. Das Zuckerbrot entfällt, dafür wird mit der Peitsche geknallt.

SCHMERZEN würde diese in erster Linie die weniger betuchten Schichten. Eine Verteuerung von Strom, Benzin und Diesel bei gleichzeitiger Beibehaltung der gegenwärtigen CO₂-Abgabe auf Brennstoffen trifft in absoluten Zahlen, abhängig vom Verbrauch, alle gleich. Aber wer mehr hat, dem bleibt nach Abzug der Energiekosten mehr Geld für andere Zwecke als jenen, die eh

schon weniger haben. Natürlich ist es Sinn und Zweck einer Lenkungsabgabe, den Energieverbrauch zu senken. Gleichwohl ist es stossend, wenn sich die Reichen darum frotzeln können, während die weniger Bemittelten einen spürbaren Preis für die Energiewende bezahlen, indem sie vom Staat faktisch gezwungen werden, den Gür-

tel noch enger zu schnallen – sei es bei der Energie, sei es anderswo.

DES PROBLEMS ist man sich natürlich auch in Bern bewusst. Die soziale Ungerechtigkeit, die aus Abgaben auf Strom und Treibstoffen entsteht, soll durch eine Rückverteilung kompensiert werden. Die vom Bundesamt für Energie, der Steuer- und der Finanzverwaltung 2012 gemeinsam in Auftrag gegebene Ecoplan-Studie zu den Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform kam zu Schluss, dass eine ausgewogene soziale Verteilungswirkung nur mit einer Rückverteilung über verschiedene Kanäle zu haben sei, wobei ein Teil über eine Pro-Kopf-Pauschale zu verteilen sei. Nach Auffassung des Bundesrates soll es keine Erhöhung der Fiskalquote geben, sprich: Die gesamten Erträge sollen zurückfliessen – an die Bevölkerung in

Das Zuckerbrot entfällt, dafür wird mit der Peitsche geknallt

Form einer Verbilligung der Krankenkassenprämien und an die Unternehmen in Form eines Zustupfs an die AHV-Lohnsumme.

SO WEIT, SO GUT. Die Pro-Kopf-Verteilung wäre damit gewährleistet – und damit eine gewisse soziale Abfederung. Trotzdem wird der im Prinzip so recht ausgewogene Entwurf des Bundesrates von allen Seiten unter Druck kommen. Und dies trotz diversen positiven Reaktionen auf die Ankündigung des Systemwechsels hin zu Lenkungsabgaben. Einzelne Parteien haben bereits eigene

Konzepte entwickelt, so etwa die Grünliberalen mit ihrer Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer» oder auch die Freisinnigen, die aber beispielsweise wie die Autolobby nichts von einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen wissen wollen.

Dass auf Benzin und Diesel faktisch bereits eine Lenkungsabgabe (von 91 bzw. 93 Rappen pro Liter) erhoben wird, ist denn auch nicht wegzudiskutieren. Dem Öko-Lager wiederum geht der Bundesrat mit dem Entscheid, das Ziel der CO₂-Reduktion bis 2020 bei 20 Prozent zu belassen, statt es auf 40 Prozent zu korrigieren, klimapolitisch viel zu wenig weit. Wenig sinnvoll, tönt es von dieser Seite, sei es, den Stromverbrauch

ALLE PLAYER werden versuchen, an den bundesrätlichen Plänen herumzuschrauben und die eigenen Prioritäten einzubringen. Und die liegen sehr weit auseinander. Zu weit, um auch nur annähernd die Entschlossenheit zur Wende aufrecht zu erhalten, die unmittelbar nach dem Reaktorunfall in Fukushima spürbar war. Noch komplizierter dürfte alles werden, wenn dann auch noch Zahlen ins Spiel gebracht werden, die allerhand Spekulationen hinsichtlich der Folgen für die einzelnen Haushalte Tür und Tor öffnen.

ES LIEGT in der Natur der Sache, dass für die Akzeptanz von Lenkungsabgaben zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen: die Einsicht in eine allgemeine ökologische Notwendigkeit und, in Relation dazu, die Bereitschaft, individuell ein Opfer dafür zu bringen. Sprich: Dieser Teil der Energiewende lässt sich dann realisieren, wenn es gelingt, die Regel ausser Kraft zu setzen, wonach dem Staatsbürger, der Staats-

Datum: 24.05.2014



Oltner Tagblatt
4601 Olten
062/ 205 76 76
www.oltner.tagblatt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 14'809
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 200.011
Abo-Nr.: 1093893
Seite: 1
Fläche: 29'936 mm²

bürgerin das eigene Hemd am nächs-
ten ist.
wild@oltner.tagblatt.ch